

3 ist mittel (durchschnittlich), 4 ist gering, 5 ist sehr gering zugrunde legt, für Anfang November als etwas über „mittel“ Neigung anzusprechen. Für Winterweizen lautet die amtliche Begutachtungssätze 2,7 für Winterroggen ebenfalls 2,7, für Wintergerste, Haas und Rice 2,4, für Dinkel 2,4, für Weizen 2,7, für andere Weizen 3. Hierzu werden von zünftiger Stelle folgende Erläuterungen gegeben: Zu dem nachfolgenden Wetter, das auch im Monat Oktober vorherrschend war und Feldarbeit ungemein erschwerte, kamen im letzten Drittel des Berichtsmontats noch Schneee und härtere Fröste hinzu, die das Arbeiten auf dem Felde ziemlich ganz zum Stillstand brachten. Die Feldarbeiten sind aber in diesem Jahre noch so im Rückstand, daß zu deren Bewältigung noch ein längeres frohfreies und trockenes Wetter dringend erwünscht wäre. Infolge der Kälte im Boden und der rückständigen Erntearbeiten ist erst ein Teil der Winterfrüchte bestellt worden. Von den Kartoffeln- und Rübenfrüchten, die noch bestellt werden sollen, ist vielerorts die Frucht noch nicht abgeerntet. Wenn der Frost und die Kälte noch länger anhält, wird überhaupt ein Teil der für die Winterfrüchte bestimmten Fläche im Herbst nicht mehr bestellt werden können. Die nachfolgende Witterung hält die Entwicklung der Herbstfrüchte, auch die zu normalen Zeiten bestellenden sehr zurück, so daß sich deren Stand bis jetzt im allgemeinen noch schwer beurteilen läßt; teilweise ist der Aufgang etwas dünn. Die Kartoffel- und Rübenfrüchte sind unter der Ungunst der Witterung sehr zu leiden. Von den Kartoffeln und Rüben ist schon ein Teil erfroren, weil es an Arbeitskräften fehlte, sie auszunehmen. Besonders auf größeren Gütern macht sich der Futtermangel recht fühlbar und in der Wäbener Gegend hat der Septemberrizit der Landarbeiter alle Feldarbeiten sehr im Rückstand gebracht, was kaum nachzubolen sein wird. In den höheren Lagen steht es noch bedenklicher aus. Hier liegt der Hafer noch zum Teil auf dem Felde und ist ausgewachsen, die Kartoffeln können aus dem ausgefrorenen und beschuldeten Boden nicht gebrochen werden, das Grummet wird bei der Kälte und bei dem Mangel an Sonnenschein nicht trocken und fault auf der Weide und das eingedrohte Getreide ist münster so feucht geerntet, daß es anfängt, in den Scheunen zu verderben. Die Strobernte war in diesem Jahre sehr knapp, es wird schon hier und da über Strohmanget geklagt. Dem Herbsthafer, das sehr reichlich gewachsen ist, hat, soweit es noch anstehend war, der kalte Frost am 26. Oktober sehr geschadet. Klagen über Mäuse- und Insektenfraß liegen dieses Mal nicht vor.

— An die richtige Adresse wenden. Dem sächsischen Finanzministerium sind in letzter Zeit zahlreiche Gesuche und Beschwerden wegen der Veranlagung und Erhebung von Reichsteuern (Einkommensteuer, Reichsnotensteuer, Kapitalertragssteuer, Umsatzsteuer, Grundbesitzsteuer, Erbschaftsteuer usw.) zugegangen. Da die Reichssteuer von den Reichsbehörden (den Finanzämtern und Landesfinanzämtern) unter der obersten Aufsicht des Reichsfinanzministeriums in Berlin verwaltet werden, ist das sächsische Finanzministerium nicht in der Lage, auf derartige Eingaben etwas zu verfügen. Alle diese Eingaben sind vielmehr an die zuständigen Finanzämter (frühere Bezirkssteuereinnahmen), nach Befinden an die Landesfinanzämter Dresden und Leipzig oder an das Reichsfinanzministerium in Berlin zu richten. An sächsischen Landesbeamten, deren Verwaltung der Aufsicht des sächsischen Finanzministeriums unterliegt, kommen zur Zeit lediglich die Gewerbesteuer einschließlich der Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen, die Grundsteuer, Wohnungssteuer, sowie die sächsische Stempelsteuer und die Schlachtsteuer nebst Nebengebühren und Verbrauchsabgabe von Fleischwerk in Frage.

— Immer noch keine Einheitskurzschrift. Dem „Bogel-Anzeiger“ wird geschrieben: Bei seinen Beratungen im Juli d. J. hatte der Ausschuss für die deutsche Einheitskurzschrift einen Entwurf aufgestellt, der auf die Dauer von 3 Monaten der öffentlichen Kritik unterbreitet werden sollte. Bei genauerer Prüfung hatte sich ergeben, daß dieser Entwurf zu einer Menge unendlicher Schreibweisen und Verwechslungsmöglichkeiten führt. Auch hatten bei den Verhandlungen der Regierungskonferenz vom 5. Oktober insbesondere die Vertreter zweier preussischer Ministerien eine erhebliche Vereinfachung für notwendig erklärt. Infolgedessen wurde der Entwurf in den letzten Tagen des Oktobers vom Unterausschuss und vom Hauptausschuss einer wesentlichen Umgestaltung unterzogen. Einige Vertreter der Stolz-Schweidiger Schule erklärten bei der Schlussabstimmung, der Hauptstein des Anstößes, das aus der Schriftführung herausfallende Zeichen für r, das eine Menge von Regeln und von eigenen Zeichen für die Verbindungen erfordert, sei nicht beseitigt; auch lasse sich die Wirkung der vorgenommenen Änderungen ohne erneute Prüfung nicht beurteilen. Daher müßten sie für ihren Entschluß eine Frist von mindestens vier Wochen beanspruchen. Darauf erklärten die Gabelbergischen Vertreter, daß sie das Werk als gescheitert betrachteten und sich an weiteren Verhandlungen nicht beteiligen würden. Damit ist die mühselige Arbeit vieler Jahre verunmöglicht, und es wird sich im freien Wettbewerb entscheiden müssen, welches System die unbeschränkte Vorherrschaft in Deutschland erlangt.

— Aus der sächsischen Gewerbeaufsicht. Den Gewerbeaufsichtsbeamten steht die Durchführung der Gesetze, Anordnungen und Verfügungen, die zum Schutze der Sicherheit von Leben, Gesundheit, Sittlichkeit und der wirtschaftlichen Lage der gewerblichen Arbeiter und Angestellten bestimmt sind, zu. Das sächsische Arbeitsministerium ist neue Wege gegangen, indem es der organisierten Arbeiter- und Angestelltenvereine den Gewerbeaufsichtsbeamten geöffnet und damit die soziale Natur der Gewerbeaufsicht besonders unterstrichen hat. Diesen männlichen und weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten war bisher nicht gestattet die Stellung eingeräumt, die ihnen zuzum. Die neue Dienstverteilung sichert die gleichmäßige Verteilung der Geschäfte auf alle Beamte und Beamtinnen der Gewerbeaufsicht, worüber vom Amtsvorstand alljährlich dem Arbeitsministerium Bericht zu geben ist. An dieser Verteilung sollen alle Beamte und Beamtinnen mit tätig sein, wie diesen auch vom Gesamtstand des Berichtes vor der Abfertigung Kenntnis zu geben ist. In regelmäßigen Dienstbesprechungen sind namentlich die wichtigsten Fachfragen, gesetzliche Entscheidungen u. a. m. zu erörtern und über die Besprechungen selbst ein Protokoll aufzunehmen. Alle allseitigen wichtigen Eingaben und besonders bemerkenswerte Beschwerden müssen allen Beamtinnen und Beamten im Amte bekanntgegeben werden. Vorgeschrieben ist weiterhin unter Berücksichtigung hierüber ergangener Anweisungen eine engere Fühlungnahme der Gewerbeaufsichtsämter mit dem Landesgewerbeamt, den gewerbetechischen Räten der Kreis- und Hauptmannschaften, Bezirksräten, Bergaufsichtsbeamten, Bau- und anderen Dienststellen und Behörden, beglücken bei besonderen Fragen mit den Bezirksbehörden und der Lehrerschaft, den Organen der Wohlfahrtsverbände, den gewerblichen Berufsgenossenschaften, dem Dampfseilüberwachungsverein, den Krankenkassen, den Dienststellen für Schwerbeschäftigtenfürsorge, den öffentlichen Arbeitsnachweiser und den Jugendämtern. Bei Betriebsbesichtigungen und Erörterungen aller Art ist die gesetzliche Vertretung der Arbeiter oder Angestellten zuzuziehen. Das ist in den Protokollaufzeichnungen allenthalben festzustellen und in dem Dienstprotokoll zu vermerken. Die zugezogenen Vertreter sind namentlich zu vermerken. An den Jahresberichten sind auf Grund der Anforderungen des Reiches und etwaiger Sonderaufträge tunlichst alle Beamten der Gewerbeaufsicht zu beteiligen, für

den Bericht selbst übernimmt der Vorstand die Verantwortung. Eine Reihe weiterer Bestimmungen haben den Zweck, einem erpichtlichen Zusammenarbeiten in den einzelnen Gewerbeaufsichtsämtern den Weg zu ebnen. Die neue Dienstverteilung tritt sofort in Kraft.

— Eine Ruhezugssteuer. Das sächsische Wirtschaftsministerium steht eine Ruhezugssteuer vor, die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Wege dienen soll. Der Landesratrat schlägt vor, den landwirtschaftlichen Gespannen eine Ermäßigung gegenüber den Gespannen gewerblicher Betriebe zu gewähren, da die landwirtschaftlichen Gespanne die öffentlichen Wege weniger in Anspruch nehmen.

— Weibchen. Gestohlen wurden am 11. November 1922 zwischen 1/8 und 8 Uhr abends aus einer im ersten Stockwerk gelegenen Schlafkammer 1 Deckbett mit rotem Filz und rotgefärbtem Bezug. Der Täter ist auf einer Leiter an das Fenster heranklimmen und hat das Bett durch das Fenstergerüst durchgehoben. Um Mitteilung sächsischer Wahrnehmungen bittet die Gendarmerie in Gröba.

— Romantik. Gestohlen wurde am 11. November 1922 1/7 Uhr vorm. am Elbbau, etwa 20 Meter oberhalb der Elbbrücke, am Promenier Fluß: 1 nichtgefärbter Dolchkoffer 60x38x20 Zentimeter groß mit unbrauchbarem Ladenschloß und Leberwurst mit Krampfe zum Anbringen eines Vorhängeschloßes versehen, enthaltend das Hauptblatt des Festenbergs Anzeigers vom 31. Oktober 1922, 1 Stück einer Fabrikarbeiterzeitung für Glasmacher, 1 Spiegel mit schmalen braunen Holzrahmen, 20x18 Zentimeter groß, und 1 Taschenuhr mit schwarzem Zifferblatt. Um die Rente herum lagen verteilt: 1 graue, schwarze und gelbgefärbte Ballonmütze, 1 feldgrauer Infanterierock ohne Aufschläge, 1 schwarzer Westengürtel, grau gestreift und mit kleinen grünen Dreiecken gemustert, 1 blaue Kammmantel mit blauem Futter, 1 Hölzchen von dergl. Stoff, 1 zerfetzte, schwarze Repphose, 1 Brillenbüchse mit eingenahtem, nicht lesbarem Namenszettel, 1 weißer Unterhose, auf der inneren Bundseite die Buchstaben „P. S.“ eingenaht und mit Tinte 21442 gezeichnet, 1 Trilobende, im Halsbündchen zu beiden Seiten des hinteren Knopfloches 21442 mit Tinte gezeichnet, 1 weißes Trilobende, unten mit badehofenähnlichem Verschluss, 1 grasgrün und ziegelfarbig gestreifter Schürzer, Marke „Vedetta“, wie sie von Fußballspielern getragen werden, 1 Paar schwarze, zerfetzte Schürschuhe mit Ledersohlen, grauen Keulschäften, Gummibündchen und durchgehenden Sohlen, Größe 43 oder 44, und 1 graues, beiderseits zweimal rotgeklebtes Handtuch. Wäsche, Dosen, Besteck und Wäpfe dürften, nach ihrer Größe beurteilt, einem 16-17 Jahre alten Burschen gehören. Alle Kleider sind abgetragen und mehr oder weniger beschmutzt. Die Brillenbüchse hat Öl- und Fettflecken und dürfte einem Eisenarbeiter gehören. An der Rente befindet sich ein roter Zettelrest, nach dem zu urteilen die Rente in den letzten Tagen in Cottbus als Handgeld zur Aufbewahrung abgegeben gewesen ist. Es besteht der Verdacht, daß die Rente bessere Kleidung enthalten hat, gestohlen worden ist und der Täter die Kleidung gewaschen hat. Sachdienliche Angaben erbittet die Gendarmerie in Gröba.

— Werschwitz. Der ehemalige Wirtschaftsbesitzer Karl May und seine Ehefrau feierten am 10. November bei gutem Wohlbehagen die goldene Hochzeit.

— Greifenhain. Einer hiesigen Witwe wurde nachts ein 3 Jhr. altes Schafchen aus dem Hofe gestohlen. Dablen. Hier wollte ein Flurschuldsoldat einen Hund erschießen, dabei prallte die Kugel durchs Kissen zurück und fuhr dem Schützen durch den Leib, so daß er schwer verwundet ins Krankenhaus transportiert werden mußte.

— Freital. Am Tage der Goldenen Hochzeit eines Ehepaars wurde die Frau von einem Herzschlag tödlich getroffen.

— Dresden. Der Präsident des Reichsgerichts Dr. Simons hat Sonnabend anlässlich seines Dienstantritts dem sächsischen Ministerpräsidenten einen Besuch abgeleistet und bei dieser Gelegenheit auch mit dem Justizminister sowie mit Vertretern der sächsischen obersten Justizbehörden und der Anwaltschaft Unterredungen gehabt.

— Dresden. Festgenommen und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt wurde der Eisenbahnassistent Wobnik, der angeblich größere Unterschlagungen begangen hat. Die Verhaftung wird in beteiligten Kreisen lebhaft besprochen. — Grobes Aufsehen verursacht die Entlassung einer Anzahl Beamten und Prokuristen bei verschiedenen Dresdener Großbanken, die als Verdächtigen in dem Verstand standen, teilweise bereits seit längerer Zeit mit fremden Geldern eigene Geschäfte getrieben zu haben, wodurch ihnen besonders in der allerletzten Zeit Millionenvermögen in die Taschen geflossen sind. So hatte sich beispielsweise einer dieser Beamten ein eigenes Auto zulegen können. Inwiefern gegen die bestehenden Strafgesetze und Bestimmungen verstoßen worden ist, bildet zurzeit den Gegenstand der behördlichen Ermittlungen. — Umfängliche, seit Jahren auf Elbfähnen, in Lagerhäusern und Speichern verübte Diebstähle von Tabak, sowie gewerbs- und gewohnheitsmäßige Diebstähle von vornehmlich auch Vergehen gegen das Tabaksteuergesetz, beschäftigen bereits seit einiger Zeit die zuständigen Vollzugsorgane, die Zollbehörde und die Dresdener Staatsanwaltschaft. Mehr als sechzig Personen sind in dieser Angelegenheit verurteilt, eine ganze Anzahl der Beteiligten wurde verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis am Münchner Platz zugeführt. Der jeweils gestohlene Tabak wurde unversehrt verarbeitet, und unter anderem auch bekannte Higarettenmarken nachgeahmt und in den Verkehr gebracht. Wann die Strafsache die Dresdener Gerichte beschäftigen wird, läßt sich bei dem Umfange derselben noch gar nicht übersehen.

— Bad Lausitz. Nach dem Wunsche des Stifters der „Hunagerektion“ sollten aus den Hünen alljährlich am Geburtstag des Stifters bedürftige Kinder mit Schuhwerk bedacht werden. Früher konnten immer 10 Paar Schuhe zur Verteilung gelangen, diesmal reichte der Zinsbetrag nur dazu aus, zwei Schachteln Schuhbreite zu kaufen.

— Chemnitz. Der 55 Jahre alte Handarbeiter Otto Wohler starb in dem von ihm bewohnten Hause die Treppe herab und blieb blutüberströmt beschußlos liegen. Im Krankenhaus ist er infolge eines Schädelbruchs gestorben.

— Chemnitz. Am Donnerstag wurde auf der Schillerstraße die 49 Jahre alte Händlerin Margarete Schürer, als sie neben ihrem Handwagen herlief, auf die Straße übergehenden Personenkraftwagen getroffen, auf die Straße gefallend und eine kurze Strecke geschleift. Weider konnte die Unglückliche nach dem Halten des Fahrzeuges nur tot unter diesem hervorgezogen werden; sie hatte einen Schädelbruch erlitten.

— Eibenstock. Alle bisherigen Nachforschungen über den Verbleib des Bankrottverurteilten Friedrich aus Niederschlema waren bis jetzt trotz aller Energie ergebnislos. Häuserdurchsuchungen waren ebenfalls ergebnislos. Man vermutet jetzt, daß Friedrich mittels Auto von Annabergern der Fremdenlegion verschleppt worden ist.

— Annaberg. Der Elternbund des hiesigen Staatsrealgymnasiums hat das Schulgebäude in Jähstätt gekauft, um es zu einem Landheim für die Schülerkassen einzurichten.

— Zwilkau. Am Freitag nachmittag kam der 30 jährige Bergarbeiter Weyl in das Wirtshaus von Siedel, um nach dem Margarinepreise zu fragen. Als er diesen erfragte, erging er sich in wüsten Beschimpfungen und Verhöhnungen gegen den Wirt, der den Eindringling schließlich auf die Straße drängte. Weyl stieg jedoch durch ein offenes Fenster in den Laden ein und warf 5 Pakete Margarine auf die Straße, wo sich sofort eine große Menge

Menschen versammelte. Weyl wurde festgenommen und abgeführt. Darauf rotteten sich etwa 500 Menschen vor der Wollweiche auf dem Marktplatz auf und forderten durch einen Wollweicheführer die Herausgabe Weyls. Als diese verweigert wurde, warf die Menge die Fenster der Wollweiche ein. Wollweiche zerstreute schließlich die Kundherren.

— Wessau. Einen Spitter in die Hand gestochen hatte sich vor drei Wochen ein Bahnbeamter beim Dolzerfelnern. Die Wunde entzündete sich, und schließlich trat Blutvergiftung hinzu, so daß der Mann im Krankenhaus verstorben ist. Dieser traurige Fall diene zur Warnung und als Mahnung, auch noch so geringfügig erscheinenden Verletzungen die entsprechende Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

— Leipzig. Ein schweres Unfallsereignis ereignete sich, als die U. N. M. berichtet, bei der Einlager des 1,10 Uhr nachts auf dem Bahnhöfen einstürzenden Sonntagszuges in Dörsch. Einer Frau, die vorzeitig den Zug verließ, wurden beide Beine abgefahren. Glücklicherweise war sofort ein Arzt zur Stelle, der einen Notverband anlegte und die Überführung der Schwerverletzten in das Krankenhaus veranlaßte. — Die Amtszeit des Oberbürgermeisters Dr. Rotbe endet mit dem 31. Dezember 1923. In einem Schreiben an die Stadtverordneten bittet Dr. Rotbe, bis spätestens Ende dieses Jahres eine Entscheidung über eine eventuelle Wiederwahl zu treffen. Für den Fall der Wiederwahl bittet er, diese für einen Zeitraum von sechs Jahren vorzunehmen.

— Leipzig. Das Reichsgericht hat die Revision der wegen Mordes an dem Kirchenermeister Emil Konrad zum Tode verurteilten Witwe Berta Hoffmann aus Leipzig verworfen.

— Müßiberg. Im Grundstück Hospitalstraße 18, und zwar im Stallgebäude, war beim Füttern des Petroleumlampens der Stall-Laterne explodiert, im Nu stand das umliegende Stroh in Flammen und diese ergriffen schnell auch die Balken. Eine starke Rauchwolke lag auf und ließ auf ernste Gefahr schließen, doch gelang es den Hausbewohnern und Nachbarn, den Brand zu löschen, bevor er weitere Ausdehnung gewann.

Gerichtssaal.

— Deutschlands Ausverkauf vor Gericht. Wegen angeblich verbotener Ausfuhr eines Wertgegenstands hatte der 32 Jahre alte Waidenwälder Emil Krombold aus Teichitz, jetzt in Dresden-Friedrichstadt wohnhaft, einen Strafbefehl über 300 000 Mark erhalten, aber Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt. Das Dresdener Schöffengericht erkannte auf Freisprechung des Angeklagten. Der in dieser Strafsache mit verurteilte 28 Jahre alte Kaufmann Johann Tropsch aus Teichitz erhielt insgesamt einen Monat Gefängnis und 275 000 Mark Geldstrafe zuerkannt. — Das Schöffengericht zu Bittau verurteilte wegen Ausfuhrverstoßes und sonstiger Grenzvergehen in drei verschiedenen Terminen die 32 Jahre alte Verkäuferin Marie Seibt aus Gablonz zu 500 000 Mark Geldstrafe, den 38 Jahre alten Zahntechniker Joseph Wrolok aus Großhändorf bei Gablonz zu vier Wochen Gefängnis und einer Million Mark Geldstrafe und die 32 Jahre alte Schankwirtin Elsa Kunge aus Großhändorf zu gleichfalls vier Wochen Gefängnis und 2 010 000 Mark Geldstrafe. Die vorerwähnten drei Angeklagten waren im Besitze der verbotenen Waren, teilweise recht wertvollen Sachen betroffen worden, die sie unweifelhaft nach der Tischschloßmaki ausführen wollten. So behauptete die Angeklagte Seibt, sie habe die bei ihr vorgefundenen Schmuckfäden den in Berlin wohnhaften Angehörigen überbringen wollen, während wiederum die Frau Kunge nur aus Gefälligkeit gehandelt haben will, um die in ihrem Besitze befindlichen Sachen für Bekannte mitzunehmen.

Bermischtes.

— Feuer im Rabelwerk der Siemens-Schuckert-Werke. Am Sonntag nachmittag gegen 5 Uhr brach aus bisher unbekannter Ursache im Rabelwerk Gartenfeld der Siemens-Schuckert-Werke in Berlin Feuer aus, dem die Altpappei und ein Teil der Spinnereifälle zum Opfer gefallen sind. Den vereinten Bemühungen der Feuerwehren gelang es, das Feuer zu lokalisieren. Die gesamte Rabel- und Gummi-Fabrikation, sowie der gesamte Betrieb der Metallwerke sind unversehrt. Ein Teil der Arbeiter der beschädigten Säle kann in der den Siemens-Schuckert-Werken gehörenden Leitungsfabrik in Plauen ausgestellt werden. — Wie weiter gemeldet wird, erkrankte ein Mann der Betriebsfeuerwehr so schwer an Rauchvergiftung, daß er auf dem Transport in das Krankenhaus verstarb. Sein Bruder erlitt ebenfalls eine schwere Rauchvergiftung und liegt ebenfalls erkrankt mehr oder weniger schwer an Rauchvergiftungen.

— Brand im Arsenal in Reapel. Sonnabend nachmittag geriet ein Behälter ein Behälter mit Petroleum in Brand. Das Feuer griff auf einige in der Nähe liegende Kriegsschiffe über. Der Torpedobootszerstörer Aquila, der Aufklärer Marsala und das Kanonenboot Russo erlitten geringe Beschädigungen.

— Erdbeben. Sonnabend morgen um 5 Uhr 46 Minuten 40 Sekunden registrierten die Seismographen der Sternwarte in Florenz ein langandauerndes ungemein heftiges Fernbeben in einer Entfernung von etwa 10 000 Kilometern. Anscheinend liegt das Zentrum des Bebens in Amerika. Die Tätigkeit der Seismographen währte vier Stunden ununterbrochen. — Aus Bologna wird gemeldet: In der Sonnabendnacht wurde auch in der hiesigen Erdbebenwarte ein weit entfernter Erdstoß verzeichnet, der so stark war, daß die Apparate beschädigt wurden. Nach einer Meldung aus Buenos Aires wurde dort ein hartes Erdbeben verspürt. Alle Uhren blieben stehen, und die Richter erloschen. Auch in Santiago de Chile wurde ein Erdbeben verspürt. Im ganzen Lande sind die Telegraphenlinien unterbrochen. — Wie weiter aus Santiago de Chile meldet, sind bei dem Erdbeben in Coquimbo 600, in Copiapo und anderen Orten schätzungsweise 200 Menschen ums Leben gekommen. Viele Personen wurden verletzt. Wie Savas und Newyork meldet, sind bei dem Erdbeben in Chile in Coquimbo 500 Häuser zerstört worden. Das Zentrum des Bebens liegt zwischen Serena und Coquimbo. Während des Bebens ist das Meer zirka 200 Meter weiter in das Land einwärtsgerückt.

— Ein wohn einander Rat. Von dem Marquis von Aberdeen bis Lemair, einem der reichsten englischen Großgrundbesitzer, erzählen englische Blätter die folgende Anekdote. Er fuhr eines Abends zusammen mit einem andern Herrn im Schlafwagen nach seinen Besitzungen. Am andern Morgen wandte sich der Schlafgenosse an ihn: „Entschuldigen Sie, mein Herr, darf ich die Frage erlauben, ob Sie reich sind?“ Etwas überrascht entgegnete Seine Durchlaucht, daß es ihm ganz erträglich ginge. „Bitte, nehmen Sie mir es nicht übel“, fuhr der andere fort. „Wenn ich mich erkundige, wie reich Sie sind?“ „Nun“, meinte der Vorredner, „ich werde wohl so einige hunderttausend Pfund im Jahr zu verzeichnen haben.“ „Dann gestatten Sie mir einen wohlmeinenden Rat“, sagte der andere, „wenn ich so reich wäre und so laut schnarchte wie Sie, würde ich mir ein ganzes Schlafsofa nehmen, um nicht den andern ihren Schlaf zu rauben.“

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 18. November 1922.

Eine Verbesserung in Moskau.

Frankfurt a. M. Der russische Berichterstatter der Frankf. Ag. Georg Wapow ist von der außerordentlichen Kommission in Moskau verhaftet worden. Nach Angabe des Blattes sei er vier Tage lang im Gefängnis festgehalten, sehr übel behandelt und schließlich wieder freigelassen worden, weil angeblich ein Mißverständnis mit dem Wap vorgelegen habe. Die deutsche Vertretung habe sich in anerkennenswerter Weise um seine Freilassung bemüht.

Die Lebensmittellieferungen in dem Älner Vorort Kall.

Kall. Die Auslieferungen, die am Freitag abend in dem Vorort Kall begonnen hatten, sind am Sonnabend fortgesetzt worden und haben im Laufe des Tages auch auf die Vororte Mädelin und Ehrenfeld übergriffen. In einzelnen Geschäften wurden Fensterhebeln zertrümmert. Einzelne Beamte, die eingeschritten waren, wurden mit Steinen beworfen, sobald sie sich mit der blanken Waffe wehren mußten. In Ehrenfeld gab ein Postwachmeister, den die Menge vom Pferde reißer wollte, in der Notwehr einen Schuß ab. Ein anderer berittener Beamter wurde mit einem Messer angegriffen. Einzelne Teilnehmer schrien: Hunger, Hunger! und belästigten die Beamten. Schließlich wurde die Menge zerstreut; mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die Feier des Jahrestages der Republik in Oesterreich.

Wien. Der vierte Jahrestag der Republik wurde im ganzen Lande feierlich begangen. In Wien hatte am Vormittag die Garnison eine Parade vor dem Bundespräsidenten Gaislich. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei veranstaltete am Nachmittag Kundgebungen und beschloß die Feier durch Konzerte und Theateraufführungen. Die Wehrmacht der Blätter hebt in Beiträgen hervor, der republikanische Gedanke habe in Oesterreich sich verhärtet; die Republik habe den innern und äußern Frieden bewahrt.

Die Friedensverhandlungen mit der Türkei.

Paris. Nach einer Mitteilung der Agence Havas sei man in Paris der Ansicht, daß die Vorgespräche über die Forderung der Alliierten in Lausanne sehr kurz sein könne; denn die französische und die englische Regierung beurteilten, wie es scheint, die territorialen, politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Bestimmungen des künftigen Friedensvertrages mit der Türkei absolut gleich. Namentlich sei das englische Kriegsministerium in vollkommenem Einvernehmen mit dem französischen Generalstab über die militärischen Gesichtspunkte, und zwar nicht nur hinsichtlich von Kragatsch, dem Brückenkopf von Adrianopel, der aber Wahrscheinlichkeit nach schließlich an die Türkei zurückfallen werde, sondern auch betreffs der Meerengen, die völlig entmilitarisiert werden sollen, ohne daß eine internationalisierte Besetzung vorgesehen werden müsse.

Paris. (Agence Havas.) Gestern abend wurde am Quai d'Orsay unter dem Vorsitz von Poincaré eine Sitzung abgehalten, in der die Instruktionen der französischen Delegation für die Friedenskonferenz in Lausanne in großen Zügen festgelegt wurden.

Bern. Die türkische Delegation für die Friedenskonferenz ist Sonntag abend in Lausanne eingetroffen.

Paris. Nach einer Havas-Meldung aus London verlautet von gutunterrichteter Seite, die englische Regierung habe der französischen vorgeschlagen, den ersten Delegierten für die Friedenskonferenz in Lausanne, den Botschafter Barere, vorher zu Besprechungen mit Lord Curzon nach London zu schicken.

Paris. Der Londoner Berichterstatter des „Petit Parisien“ meldet seinem Blatt, er glaube, sagen zu können, daß die englische Regierung immer noch entschlossen sei, sich in Lausanne nur dann betreten zu lassen, wenn die drei alliierten Großmächte vorher die Einheitsfront wieder hergestellt hätten, die nach den Zwischenfällen von Istanbul die Situation gerettet habe. Diesen Beschluß habe das Kabinett Bonar Law vorerstern gefaßt, und es werde ihm — dem Berichterstatter — von sehr gut unterrichteter Seite erklärt, dieser Entschluß sei unüberwindlich. Es würde nichts nützen, wenn man sich verbekeln wollte, daß zwischen London und Paris in diesem Augenblick eine starke Spannung bestehe und die Entente eine der ernstesten Proben durchmache. Festlich übertrifft sei man in englischen amtlichen Kreisen davon, daß der französische Oberkommissar in Konstantinopel, General Pellet, vom Quai d'Orsay nicht ermächtigt worden sei, sich den beiden andern Oberkommissaren hin-

zufügen bei etwaigen Verhandlungen des Belagerungszustandes über die Stadt anzuschließen. Dem Berichterstatter sei versichert worden, daß die englische Regierung ihren Botschafter in Paris beauftragt habe, sich bei Poincaré zu erkundigen, ob er geneigt wäre, zu den Verhandlungen mit Lord Curzon selbst nach London zu kommen.

Paris. Jömed Pasha erklärte dem Vertreter des „Matin“ in Lausanne, die Verantwortung der Regierung, die die Friedenskonferenz verweigert hätten, sei ernst. Sie sei gefährlich, weil man nicht leicht ein ganzes Volk und ein ganzes Heer in der Ungewißheit des Waffenstillstandes erhalten könne. Es gebe keine normalen Verbindungen zwischen den Mächten und den Türken. Aber es herrsche eine nervöse und unbillige Spannung über einem ganzen Volk, das nichts anderes verlange als den Frieden. Auch in Konstantinopel sei die Lage in einer unbeschreiblichen Verwirrung. Nachdem man das persische Sultanat abgekauft habe, seien die Nationaltürken an die Stelle der türkischen Behörden am Regime getreten. Es könnten Konflikte entstehen. Die Alliierten und die türkische Polizei seien in Gefahr, aneinander zu geraten. Wäre es nicht besser, da Konstantinopel den Nationaltürken feierlich versprochen worden sei, sie allein die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung übernehmen zu lassen? Sei eine einzige Autorität gegenüber einer tief beunruhigten Volksmenge nicht vorzuziehen? Alle diese Verzögerungen seien verhängnisvoll. Schließlich legte Jömed Pasha die Ziele und Wünsche der Türken dar. Ihre Interessen gehen dahin, herliche und enge Beziehungen zu Frankreich zu haben. Aber, so erklärte er weiter, Frankreich habe ein freies Volk und keine Kolonie vor sich. Gleichberechtigte und keine Vasallen.

Die Lage in Konstantinopel.

Paris. Die Agence Havas meldet aus London, die Nervosität in dortigen amtlichen Kreisen habe gestern abendauernd. Es verlautet, man habe durch amtliche Depeschen aus Konstantinopel erfahren, General Pellet hätte nur eine eingeschränkte Ermächtigung hinsichtlich der Verhandlung des Belagerungszustandes erhalten. Der französische Oberkommissar könne sich mit der Verhandlung dieser äußersten Maßnahme nur dann einverstanden erklären, wenn anzunehmen sei, daß es zu keinen Kämpfen mit den Türken komme.

Paris. Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel haben die alliierten Generale gestern, nachdem sie in der englischen Botschaft zusammengetreten seien, von neuem über die Lage beraten. Die Konferenz sei vertagt worden. Die Alliierten hätten beschlossen, die Zensur abzuschaffen, der die türkischen Nachrichtenverbindungen mit Angora unterworfen waren. Was die Lebensmittellieferungen, so sei die Lage noch ernst. Infolge des fehlmässigen Soldatensoldaten seien große Mengen Mehl, die aus dem Ausland eingekauft waren, wieder in die Schiffe verladen worden. Es fehle an Brot. Die Mädel in den asiatischen Vierteln lehten es ab, Brot an die Christen zu verkaufen.

Ein italienischer Dampfer von den Volkswirren beschlagnahmt.

Paris. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Konstantinopel haben die Volkswirren in Datum den Passagierdampfer „Eras“ von der Lloyd-Triestino-Linie beschlagnahmt. Die örtlichen Behörden behaupten, den Grund der Beschlagnahme nicht zu kennen; es verlautet jedoch, es handle sich um die Antwort auf den Sieg der Faschisten.

Zu den Angriffen gegen Callaux.

Paris. Die „Coe Nouvelle“ erklärt, Callaux habe keineswegs die Absicht, an dem radikalistischen Kongress in Marseille teilzunehmen. (Siehe auch unter Frankreich.)

Frankreich und die deutschen Vorschläge.

Paris. Der Sonderberichterstatter des „Cure“ in Berlin Robert de Fouvenel versucht heute, den letzten der Reparationskommission in Berlin übergebenen deutschen Vorschläge gerecht zu werden. Die Note vom 8. November, sagt er, werde in Paris streng beurteilt. Nichtsdestoweniger enthält sie eine Anzahl richtiger Gedanken. Das Wort „Verabsicherung der Schuld“ werde in ihr nicht ausgesprochen. Dafür müsse man Dr. Wirth dank wissen. Heute bilde sich niemand ein, auch Poincaré nicht, daß Deutschland 132 Milliarden Goldmark bezahlen werde; diese Biffer stehe jedoch noch in sämtlichen öffentlichen Dokumenten. Der Berichterstatter verlangt, daß die Bilanz Deutschlands ins Gleichgewicht gebracht und die Markt stabilisiert werde. Von dem deutschen Plan, auch während der Stabilisierungsperiode mit Hilfe der Steuereinnahmen oder einer inneren Anleihe die Sachlieferungen zu finanzieren, könne man sagen, daß er ziemlich unbestimmt sei, und Barthou habe nicht verfehlt, dies festzustellen. Trotzdem sei der Plan von

ausgezeichnete Tendenz und es habe vielleicht nur an der Reparationskommission selbst gelegen, dafür zu sorgen, daß er bestimmter und mehr ins Einzelne gehend gestaltet wurde. Die dem aber auch sei, die Antwort Dr. Wirths sei weit davon entfernt, rein negativ zu sein. Sie stelle vollkommen richtige Grundzüge auf und es sei jetzt Sache der Alliierten, die Schlüsse daraus zu ziehen.

Amerika will sich seinen Verantwortlichkeiten nicht entziehen.

London. Nach einer Washingtoner Meldung hat Präsident Harding am Waffenstillstandstage in einer Rede geäußert, die Vereinigten Staaten seien sich jetzt klar darüber, daß sie sich den Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten nicht entziehen könnten, die ihnen als Mitglied der Gemeinschaft der Nationen oblägen.

Turnen, Sport und Spiel.

Jugendbiathlon in Riesa. Bei schönem Herbstwetter wurden gestern die zahlreichen Jugendbiathlons des Riesaer Sportvereins glatt abgewickelt. Die gesamte Jugendbiathlonabteilung der „Sportfreunde“ Freiberg weilte in unserer Stadt. Im Hauptspiel des Tages siegte der Gaumeister der 1. Jugendklasse RSV. 1. Jugend über die siegesgewohnte, bisher ungeschlagene 1. Juniorenmannschaft von Freiberg nach überaus lebhaftem Spiel mit 4:0. Bei Riesa ertrug die frische Jugend nach dem Tor. Vorher standen sich die beiderseitigen 1. Anabermannschaften gegenüber. Der Anaberggaumeister RSV. 1. Anaben gewann überlegen mit 9:0. Besonders in der ersten Halbzeit wurden recht hübsche Leistungen erzielt. RSV. 2. Jugend spielte mit Freiberg 2. Junioren 1:1. RSV. 3. Jugend schlug Freiberg 1. Jugend 1:0. RSV. Jugend komb. gewann gegen Freiberg 3. Junioren 4:2 und RSV. 2. Anaben gegen Wacker-Mühlberg 1. Anaben mit 5:0 erfolgreich. Die Pöckmannschaft besiegte die 2. Elf des Dresdner Sportklubs mit 4:2. Riesa war nach anfangs ausgeglichenerem Spiel in der 2. Hälfte die bessere Mannschaft.

Handball. Das am Sonntag, den 12. November stattgefundene 2. Verbandsspiel der Herbstturnspiele Spielgruppe Döbeln, wozu die beiden Riesaer Turnvereine gehören, endete mit dem Siege des Allgem. Turnvereins Riesa 3:0 (Halbzeit 0:0). Nach Anstoß des Schiedsrichters (Röhmer-Weisig) entwickelte sich ein harter Kampf, der bis zur Halbzeit hin- und herwogte. Trotzdem war auf beiden Seiten kein Tor zu erzielen. Im Technischen war Allgem. Turnverein weit überlegen, und man konnte dieser Mannschaft anmerken, daß sie schon härteren Gegnern gegenüber gestanden hat. Nach der Halbzeit änderte sich das Spiel dadurch, daß sich Allgem. Turnverein besser zusammenfand und schon in der 8. Minute ein schöner Flankenschuß vom Halbrechten durch die Laten ging. Kurz darauf verwandelte der Mittelstürmer einen gegebenen 13 m Wurf zum 2. Tor und 4 Minuten später gelang es dem Halbrechten, nochmals bei einem von hinten glatt durchgeführten Durchbruch zum 3. Male einzusenden. Nach Anwurf wogt es wieder hin und her, wobei auch das Tor des Allgem. Turnvereins durch einige Flankenschüsse hart bedrängt wird, die aber der wackeren Torwart gut meistert. Zu verkennen sei auch nicht, daß der Torwächter des Turnvereins nicht zu unterschätzen war, denn auch er hat einige kräftige Schüsse gut abgewehrt. Der Witz war von vielen Zuschauern umgeben und man hofft, daß sie auf ihre Kosten gekommen sind und einen guten Sport gesehen haben, zumal das Handballspiel eine ganz besondere Gewandtheit und Technik von jedem fordert. Was die Regeln anbelangt, so sind es ganz dieselben wie beim Fußballspiel. Es unterscheidet sich nur darin, daß der Ball mit den Händen gespielt und alles, was Fuß oder Körper ist, gestraft wird. Darum Turner und Sportsinteressenten, unterstützt tatkräftig die Turnspielbewegung.

Ihr Bruch wird größer!

er tritt unter der Felotte aus. Wie eine Hand hält ihn Dr. Winterhalter's Erfindung D. R. P. von unten nach oben sicher. Ohne Feder. S. St. Erbschaft schreibt für die Hände für mein Kind und mich meine vollste Zufriedenheit, sie sitzen sehr gut und sind bei nichts hinderlich, man merkt gar nicht mehr, daß man ein Band trägt. Bitte senden Sie meiner Mutter 1 Band nach Wab.

Dr. Winterhalter & Co. m. b. H. Halle 6.

Bin in Riesa, Hotel Zsch. Hof, nur Mittwoch, den 15. November, von 8 bis 11 Uhr.

Die Siegerin.

Roman von Hans Schulze-Sorau.
6. Fortsetzung.

Damit hängte er sich fester in Kurtis Arm und steuerte mit ihm in bestmöglichem Tempo über den Pariser Platz den Linden zu.

In der Tür des Café Bauer stießen die Freunde mit zwei anderen Herren zusammen, die gleich ihnen an dem Hausmannschen Ballfeste teilgenommen hatten und soeben einer Droßke entstiegen waren.

Kurt war mit dem jüngeren der beiden Herren, dem gefährdeten Theaterkritiker Dr. Neubert, schon seit längerer Zeit vom Freischaub her bekannt, während er dem älteren, einem wohlkonservativen Zeigiger mit ergauten Favoriten, der im Direktorium einer der größten Feuerversicherungen des Kontinent) sah, am heutigen Abend zum ersten Male bei Hausmann begegnet war.

Man suchte in dem überfüllten Lokal gemeinsam nach einem leeren Tische.

Der Journalist nahm den wohlbekanntesten Gästen selbst die Mäntel ab und dirigierte sie nach einer gemächlichen Ecke am letzten Lindenfenster.

Rings um sie her saß in zusammenhängender Vereinigung das Nachtgastikum der Großstadt, ein buntes Gewirr in allen Schattierungen von der großen Welt herab bis zur Halbwelt, die in vereinselten extravagant gekleideten Vertreterinnen das farbenreiche Bild belebten.

Dr. Neubert, der in Berlin ausgebreitete Beziehungen besaß, grüßte bald hierhin, bald dorthin und charakterisierte seiner Tischgesellschaft ab und zu eine markante Erscheinung der Nachbarschaft mit kritischen Caricaturen.

„Sehr bald aber konzentrierte sich die Unterhaltung ausschließlich auf das eine Ereignis, dessen Erinnerung noch immer wie ein düsterer Schatten in das Denken der Herren hineintrug, auf die Katastrophe in der Familie Hausmann.“

„Rasch tritt der Tod den Menschen an!“ meinte Dr. Neubert. „Aber Kommerziant, ein solcher Hüte an Kraft und Gesundheit, und nur dieser vollstündige Zusammenbruch! Die Nachricht des Fabrikunglücks muß ihn doch furchtbar erregt haben!“

„Sie bedeutet vielleicht seinen Ruin,“ wagt der Versicherungsdirektor ein, der bis dahin das unruhige Hin und Her oder unablässige Kommen und Gehen des Cafés als ein immer Zuschauer aufmerksam betrachtet hatte. „Seinen Ruin?“ fragten die drei Herren wie aus einem Munde.

Der Direktor suchte die Abseln.

Jedenfalls aber hat sich Hausmann mit seiner Fabrik sehr stark engagiert! Ich kenne die Verhältnisse vollständig genau, weil ich mit ihm seit längerer Zeit wegen der Feuerversicherungsabschlüsse in Verbindung stehe.“

Er räusperte sich unmaßlich und tat ein paar nachdenkliche Bäge aus seiner Zigarre.

„Ehnen Sie, meine Herren,“ fuhr er dann, seine Stimme dämpfend, bedächtig fort, „seit dem Erdbeben in San Francisco, bei dem ein Friesenbrand in drei Tagen das gesamte Geschäftsquartier und viele tausend Wohnhäuser zerstörte, sind wir Feuerversicherungen sehr vorsichtig geworden! Nun trat Hausmann im Frühling dieses Jahres mit einem Versicherungsantrag an uns heran, der ein industrielles Unternehmen als Versicherungsobjekt benannte, das wohl zu dem feuergefährlichsten gehört, was es der Welt gibt, nämlich mit einer Sprengstoffabrik. Hausmann hatte diese Fabrik vor einigen Jahren unter sehr günstigen Bedingungen aus der Erbschaftsmasse eines belgischen Kohlenbarons erworben, dessen Erben er damit die Erbschaft wesentlich erleichterte; ich glaube, er hat den ganzen Fabrikkomplex damals unter der Hand zur Hälfte des tatsächlichen Wertes erhalten. Selbstverständlich lag Hausmann nichts daran, im Rheinland den großen Fabrikherren zu spielen; das betrug sich allein schon aus Gründen der räumlichen Entfernung nicht mit seinem hiesigen Bankgeschäft! Für ihn war die Fabrik vielmehr lediglich ein Spekulationsobjekt! Von vornherein ging nämlich seine Absicht dahin, das Establishment so bald wie möglich in eine Aktiengesellschaft zu verwandeln, sein Einlagekapital mit einem voraussichtlich nach Millionen zählenden Gewinn aus dem Unternehmen wieder herauszuholen und sich dann zur Ruhe zu setzen! Da hat ihm nun das Schicksal einen unerwarteten Strich durch die Rechnung gemacht!“

Der alte Herr hielt wiederum inne und sah zu den Dolmetschern der getäfelten Decke empor, die eine wegharrende Wolke von Tabakqualm gleichmäßig verdrängte.

„Und Sie halten den Kommerziant durch diese Katastrophe wirklich für ruiniert, Herr Direktor?“ nahm Kurt nach längerer Pause ägernd das Wort.

„Das will ich keineswegs als Tatsache hinstellen!“ war die ausweichende Antwort. „Ich kann nur wiederholen, daß der Kommerziant den größten Teil seines Vermögens, ja wahrscheinlich sein ganzes Vermögen in der Fabrik festgelegt hat! Der Kaufpreis war ja trotz der günstigen Konjunktur noch immer ein sehr beträchtlicher, er betrug etwa vier bis fünf Millionen Mark, während sich der Wert des Fabrikabstimmens unter Hausmanns Leitung ungefähr um das Doppelte erhöht haben dürfte.“

Auf der Basis dieser Schätzung sollte auch die Gründung der Aktiengesellschaft erfolgen, mit der Hausmann seine kaufmännische Bilanzleistung fördern wollte. Bevor jedoch das Privatkapital für das Hausmannsche Projekt interessiert werden konnte, mußte dem so eminent feuergefährlichen Unternehmen ein unantastbarer realer Hintergrund geschaffen werden. Unter Ausbietung seines ganzen diplomatischen Geschicks war es dem Kommerziant im Anfang dieses Monats endlich gelungen, eine Reihe unseiner bedeutendsten Versicherungsgesellschaften für eine weitläufigen Pläne zu interessieren. Morgen mittag sollten die Generalkontrakte in seinem Kontor vollzogen werden, da ist die glänzende Spekulation wie ein Kartenhaus in sich zusammengebrochen! Wäre die Katastrophe 24 Stunden später erfolgt, so hätten unsere Gesellschaften Nutzen müssen. Das dem einen sin Uhl, ist dem anderen ein Nachtgall!“

Damit leerte er sein Glas und winkte den Bahnkellner heran.

Die Herren erhoben sich und traten wieder auf die Friedrichstraße hinaus.

Trotz der schon weit vorgeschrittenen Nachtstunde herrschte auf der lichtdurchfluteten, riesigen Straßenlinie, die der Pulsschlag der Weltstadt atemlos, ohne Pause durchstrahlte, noch immer ein reges Leben.

Juweilen standen die Freunde auf dem schmalen Trottoir wie eingeklinkt, daß sie nur ganz langsam vorwärts kamen, dann wieder umhüllte sie die schwankende Bewegung der drängenden, schlendenden, rastlos eilenden Menge wie ein reißender Strom und trug sie im Fluge über zwei, drei Straßenenden.

Erst jenseits der Weibendammerbrücke flaute der Verkehr etwas ab, und dann auf der halbunfassen Uferstraße des Schiffbauerdammes wurde es ganz still und einsam.

Zur Linken wälzte die Eurye ihre trüben Blüten träge vorbei und warf das Flackerlicht der spärlichen Laternen in gelblichen Reflexen zurück.

Wie ein ungeheurer schwarzer Schatten schwebte die Doppel des Reichstagsgebäudes in der ungewissen Verschommenheit aller festen Linien über dem gigantischen Würfel des Unterbaues, der mit den grauen Gefächern der Regenröhren in ein undurchdringliches, formloses Luster zusammenfloß.

„Am liebsten lese ich noch einmal durch den nächtlichen Tiergarten!“ sagte Kurt endlich, über den dunklen Spiegel der Eurye weisend. „Mit graut förmlich vor dem Gedanken, jetzt in meine ible Studentenbude zurückkehren zu müssen!“

Der Leutnant rüffte leise vor sich hin.

Die polnischen Wahlen.

Warschau, 10. November.

Was alle Welt gewußt hat, und was die Polen nie abgeben wollten, die letzten Wahlen in den polnischen Landtag haben es an den Tag gebracht: Polen ist weit entfernt davon, ein Nationalstaat zu sein, es ist vielmehr der ausgesprochenste Nationalitätenstaat Europas und gleich in seiner Struktur dem ehemaligen Oesterreich-Ungarn, das wegen der auseinandergehenden Interessen seiner Völker und der zentrifugalen Kräfte der Randprovinzen durch die Logik der geschichtlichen Entwicklung auseinandergefallen ist. Polen zählt gegenwärtig 30 Millionen Einwohner, davon sind tatsächlich, wie wohl es die Polen nie wahr haben wollen, 40 Prozent nichtpolnischer Nationalität und infolge der rückwärtslosen Herrschaft des polnischen Staatsvolkes erbitterte Feinde des neuen polnischen Reiches. Bei den letzten Wahlen haben sich ungefähr 750 000 Wähler, fast ein Drittel aller abgegebenen Stimmen, als Nichtpolen beklart. Dabei ist zu bedenken, daß 3 Millionen Ukrainer in Ostgalizien, die ungefähr 300 000 Wähler ergeben hätten, zur Weisung ihres in Wien im April lebenden Nationalrates Wahlstimmen beabsichtigt haben. Hätten diese Ukrainer mitgestimmt, so wäre die Zahl der nichtpolnischen Wähler auf über eine Million angewachsen. Vorläufig sind noch keine offiziellen Zahlen über den Ausmaß der Wahlen vorhanden. Nach genauen Schätzungen sollen jedoch 90 Vertreter der Nationalitäten von insgesamt 444 Abgeordneten des polnischen Sejms gewählt sein. In der Wahl vom 5. November sind 372 Abgeordnete gewählt worden. Die restlichen 72 Abgeordneten entfallen auf die sogenannte Reichsliste, die auf Grund der Bestimmungen aus dem Wahlgesetz von der Zentralwahlkommission in Warschau mit Mandaten besetzt wird. Von den 90 Nationalitätenmandaten haben die Juden 23, die Deutschen 16, die Ukrainer 23, die Weißrussen 10 und die Russen 1 Mandat errungen. Die restlichen 12 Mandate werden die Nationalitäten auf Grund der Reichsliste haben. Damit werden die Nationalitäten die zweitstärkste Gruppe im polnischen Landtag sein, und zwischen dem polnischen Reichs- und Linksblock, der allein auf sich gestellt, keine Mehrheit im Landtag haben, das Jünglein an der Wage bilden.

Das wichtigste Problem, das die polnischen Wahlen zu lösen bezwecken, blieb durch den Wahlausgang ungelöst. Der Inhalt der Wahlgesetzgebung war: Für oder gegen Pilsudski. Die polnische Rechte wußte alle möglichen Mittel an, um die Wahlritze zu erweitern, damit sie bei der Präsidentenwahl, die in Polen in einer gemeinsamen Sitzung des Landtages und des Sejms vorgenommen wird, Pilsudski für sich könne. Das Ziel, eine Mehrheit zu erlangen, hat sie vermutlich — die Senatswahlen stehen noch aus — nicht erreicht. Aber auch die Linke wird aus eigener Kraft nicht instande sein, Pilsudski, das Wahrzeichen der fortschrittlichen Polen, ohne Hilfe der Nationalitäten zu halten. Sollte Pilsudski mit Hilfe der Juden und Deutschen neuerdings zum Staatsoberhaupt gewählt werden, so kann er dessen gewärtig sein, daß man ihn den „jüdischen und deutschen“ Präsidenten Polens nennen wird. Nun ist aber in Polen der Juden- und Deutschenhaß die vorherrschende Anschauung aller polnischen Parteien und auch der fortschrittlichen Pilsudski-Bestimmten wahrscheinlich beim Gedanken, von jüdischen oder deutschen Stimmen abzuhängen, eine Vamphaut.

Kein Wunder, daß sich in der polnischen Presse die Stimmen mehren, daß man den neuen gewählten Landtag auflösen und sofort Neuwahlen ausgeschrieben solle, in denen staatliche Wahlmaschine und Terror das Glück vorzuziehen werden. Sollte es tatsächlich zu einer Auflösung des Landtages und zu Neuwahlen kommen, so könnte Polen eine noch schlimmere Lebererkrankung erleben. Denn nach dem erbrachten Beweise ihrer Stärke würden die Nationalitäten, die sich das erste Mal mit bangen Hoffnungen zu einem Block zusammengeschlossen haben, noch fester aneinander schließen und die Ukrainer Ostgaliziens würden sich zur Vergrößerung des Nationalitätenblocks an den Wahlen beteiligen. In den Randgebieten haben die Polen nur sehr wenig Mandate erringen können. In Wolhynien, das auf Grund des Rigaer Vertrages Polen angefallen ist, haben die Nationalitäten alle sechzehn Mandate erobert. In der Weißrussland Ostgalizien vermochten die Polen von sechs Mandaten nur eines zu erringen. In Ostgalizien erwarben die Polen nur dank dem Umstande, daß sich die Ukrainer von der Wahl entfernt hielten, einige Mandate, hingegen verloren sie in dieser Provinz alle jüdischen Stimmen, die noch während der letzten Wahlen in den österreichischen Reichsrat zum großen Teil für polnische Mandatanten gestimmt hatten. Nimmehre sind in Ostgalizien sieben jüdisch-nationale Abgeordnete gewählt worden. Der Rechtsblock wird vermutlich über insgesamt 180 Mandate verfügen, der Linksblock über etwas mehr als 150 und die Mittelparteien, die im vorigen Sejm fast regelmäßig die Waags für die jeweilige Regierung abgegeben hatten, sind auf etwas über zwanzig Mandate zusammengedrumpft.

Alles in allem ist der Ausgang der Wahlen für den ersten polnischen Landtag für das polnische Reichsvolk ein erschreckendes Menetekel. Die Polen stehen vor der Alternative, entweder eine gerechte Nationalitätenpolitik zu treiben und auf alle imperialistischen und aggressiven Tendenzen in ihrer Politik zu verzichten oder aber zur brutalen Gewalt gegenüber ihren Nationalitäten zu greifen. Im ersten Falle ist es mit dem Gange der polnischen Nationalpolitik vorbei, im zweiten Falle wäre es der Anfang vom Ende des polnischen Reiches. Es hängt von der Einsicht der polnischen Staatsmänner ab, welchen Weg die polnische Politik einschlagen wird. Doch ist die Einsicht polnischer Staatsmänner — ihr bisheriger unfähiger Land- und Ausdehnungslust hat es bewiesen — kein Faktor, den man ernstlich bei Beurteilung der Vorgänge in Polen in Rechnung zu stellen beugt ist.

Die Erinnerungsfeste der Entente.

Poincaré gegen Deutschland.

Aus Paris wird gemeldet: Millerand führte am Sonnabend vormittag bei der Erinnerungsfeste des Waffenstillstandes in Paris am Triumphbogen den Vorsitz. Mehrere Minister, die Marschälle Joffre und Foch, sowie viele Parlamentarier und Abgeordnete von Kriegsteilnehmern wohnten der Feier bei, nach welcher sich Millerand zum Grabe des Unbekannten Soldaten begab. Ein Kanonenschuß gab das Zeichen zum Schweigen, welches eine Minute dauerte und von allen Anwesenden beachtet wurde. Die Marinekapelle und Artilleriefalolen beschloßen die Feier. Millerand und die Minister begaben sich alsdann nach Reims bei Compiègne, wo nachmittags zwei Denkmäler zur Erinnerung an die Unterzeichnung des Waffenstillstandes enthüllt wurden. Mehrere Reden wurden gehalten, darunter eine von Poincaré. Nach einer geschichtlichen Darstellung der Verhandlungen, die der Waffenstillstandsunterzeichnung vorausgingen, sagte Poincaré, vergeblich habe man in Deutschland seitdem behauptet, daß Deutschland nicht militärisch besiegt worden sei, und daß nur die inneren Unruhen es gezwungen hätten, die Waffen zu strecken. Auf

Die Umbildung des Reichskabinetts.

Die Verhandlungen in Berlin noch nicht abgeschlossen.

Die „Montagspost“ und „Volkswirtschaft“ melden, werde die Umbildung des Kabinetts bis Dienstag voranschreitlich nicht beendet sein. Der Reichskanzler werde infolgedessen seine angekündigte Rede im Reichstage nicht halten. Für heute Montag haben alle Parteien fraktionellungen zur Beratung der Frage der Regierungsumbildung angelehrt. In der Zentrumsfraktion werde laut „Montagspost“ Reichskanzler Dr. Brüning selbst über seine Politik sprechen. Am nächsten Sonntag hatte im Reichstage der von den Parteiführern eingeleitete Ausschuss zur Aufstellung eines wirtschaftspolitischen Programms getagt. Nach Mitteilungen der „Montagspost“ soll es dabei gelungen sein, alle fünf in dem Ausschuss vertretenen Parteien außer den Regierungsparteien die Deutsche und die Bayerische Volkspartei auf gewisse einheitliche Vorschläge zu einigen. Die „Montagspost“ schreibt, scheint es aber, daß es sich um eine mehr akademische Auseinandersetzung gehandelt habe.

Stinnes' Rede im Reichswirtschaftsrat.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird jetzt das Szenarium der Rede veröffentlicht, die Hugo Stinnes vor dem wirtschafts- und finanzpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates am 9. November gehalten, und die dem „Vorwärts“ Veranlassung gegeben hat, die Behauptung aufzustellen, daß Stinnes sich gegen die Stabilisierung erklärt habe.

Aus dem Wortlaut der Rede hebt ein Berliner Bericht des „Dresdn. Anz.“ das Folgende hervor: „Es kann kein Zweifel sein, daß jeder, der in der Industrie steht, den dringenden Wunsch haben muß, daß der jetzige Inflationszustand aufhört und daß es zu einer Stabilisierung der Mark kommt. Worin die Meinungen in Deutschland verschieden sind, ist die Frage, wie und unter welchen Bedingungen man stabilisieren kann. Ich glaube, darüber besteht im Reichsverband der Industrie, insbesondere im Vorstand und im Präsidium keine Meinungsverschiedenheit.“

Wenn wir leben wollen, müssen wir nebenher produktiv werden. Wir müssen Absatz in der Welt erzielen können. Wir können die Volkswirtschaft nur in Ordnung bringen, wenn wir in der Welt wieder Wettbewerbsfähigkeit bekommen. Die Voraussetzung des Lebens in Deutschland ist eine ganz große Heberarbeit, und ich sehe nicht an, zu erklären, daß nach meiner Ueberzeugung das deutsche Volk eine Reihe von Jahren, zehn, fünfzehn Jahre lang, sicherlich zwei Stunden pro Tag mehr arbeiten müssen, um die Produktion so hoch zu bringen, daß es leben kann und noch etwas für die Reparationen erübrigen kann. Ohne Wettbewerbsfähigkeit auf der Welt kann aber das deutsche Volk nicht leben. Das ist das, was wir gegen den Arbeitswillen einhandeln müssen. Denn es sind die Voraussetzungen zu schaffen für die stabile Baluta, und alles, was sonst noch nötig ist. Selbstredend werden wir dann unsere Bevölkerung in Gold lohnen müssen. Die Voraussetzung jeder erfolgreichen Stabilisierung ist aber nach meiner Meinung, daß auf eine lange Zeit Lohnkämpfe und Streiks ausgeschlossen sind.

Wenn Sie mir und denjenigen, die dieselbe Meinung

sind wie ich, die einen Stabilisierungsversuch der Mark um jeden Preis immer bekämpft haben und immer weiter bekämpfen werden, daraus einen Vorwurf machen, dann haben Sie vollständig recht. Ich werde mich gegen die Ueberzeugung und gegen die Einsichtnahme des Auslandes, soweit man es vermeiden kann, immer wehren und werde an meinem Teil das tun, was überhaupt nur in meinen Kräften steht, um die endgültige Vereinbarung, die wir mit unseren Nachbarn treffen müssen, so zu gestalten, daß wir wieder ein freies Volk werden.“

Vertrauen hat man nicht mit währungspolitischen kleinen Experimenten, das kann eine Galgenfrist bringen, mit der man später die Situation noch erschwert. Deswegen bin ich für meine Person gegen diese Maßnahmen, die im Grunde am Kern der Frage nichts ändern. Sie sagen, ich hätte der Regierung gesagt, sie solle aktiver werden, ich habe das nicht gesagt, sondern ich habe gesagt, man solle aktiver sein. Das ist ein sehr großer Unterschied, aber wenn wir arbeiten sollen, müssen wir natürlich auch eine Möglichkeit haben, das Erarbeitete irgendwo zu lassen. Die Aktivität muß darin bestehen, daß man diese ganzen Probleme so rasch wie möglich richtig zur Diskussion stellt und darüber ernstlich verhandelt. Die Initiative würde natürlich von der Regierung ausgehen müssen, aber wenn dieses „man“ nicht dahintersteht, können die Regierungen ganz bestimmt nichts machen.

Stinnes sagte ferner u. a. noch: Wenn die Sache als Panngeschick ohne wirkliche Behebung der Fehler ohne Sanierung der bisherigen Verhältnisse verläuft wird, kommen wir nie zum Schluß. Und solange Sie diesen Weg nicht einschlagen, bin ich, weil ich ihn für aussichtslos halte, weil ich es für eine ungeheure Erhöhung der endlichen Stabilisierung und Sanierung halte, allerdings gegen diese Maßnahmen.

Was die Arbeitsfrage angeht, so ist das keine spezielle Arbeiterfrage selbstverständlich, sondern es ist überhaupt die Frage der Produktivität. Ich habe ausdrücklich hier gesagt — ich möchte das hervorheben —, daß ich die Frage des Achtstundentages als eine Frage ansehe, die wir nicht diskutieren wollen, denn es gibt gewisse Fragen (Zuruf von Arbeitnehmervertretern: Die gefährlich sind!), die man zweifellos nicht erörtert. Aber nachdem die ganzen Instrumente der Wirtschaft in unserer verarbeiteten Lage auf dem Achtstundentag, so wie er heute ausgedeutet wird, nicht einstellt sind, so ist es eine Frage von Leben und Sterben, daß man diese Instrumente so anordnet, daß damit genügend Output erzeugt werden, daß wir leben können. Und ich glaube, die Herren, die eben den Zuruf machten, werden sich darüber klar sein müssen, daß es immerhin doch wichtiger ist, daß auch sie — wie andere Leute, die schon längst seit dem Kriege die Konzequenzen gezogen haben, indem sie mehr als zwei Stunden überarbeiten — zwei Stunden mehr arbeiten, um wieder leben zu können, und zwar unabhängig leben zu können, und auch wieder vorwärts kommen zu können. Sonst werden sie nichts zu essen haben und elend zugrunde gehen, denn nachher sind die Verhältnisse im Deutschen Reich so geworden, daß es einfach eine Frage von Leben und Sterben für viele Deutsche sein wird. Auch die Auswanderung, die vielleicht ein Mittel wäre, ist nicht durchführbar, weil man uns nicht aufnehmen wird, und weil auch schließlich die Transportmittel nicht zur Verfügung stehen.

dem befreiten Boden seien Tag für Tag die alliierten Siege eingeschrieben worden. Poincaré sprach auch von der Kriegsverantwortlichkeit, nachdem er auf die vergeblichen Völkerrechtsverletzungen eines Volkes hingewiesen hatte, das den sechsten Hochmut gehabt habe, sich einzubilden, höher zu stehen, als alle anderen, und das von einer Weltbeherrschung geträumt habe. Weher die geschichtlichen Vorfälle des ehemaligen Kaisers, nach die umfangreichen Veröffentlichungen der Sowjets, noch die gefällste Wissenschaft einiger preussischer Professoren, die höchste Bedeutung entziehen, die das Eingreifen so vieler Völker dem Kriege gegeben habe. Deutschland und Oesterreich hätten nur Bulgarien, das von seinem Herrscher getäuscht worden sei, und die Türkei, die von einer Dandvoll deutscher Freunde getrieben worden sei, auf ihre Seite gebracht. 27 Nationen hätten sich gegen Deutschland gewendet, darunter solche, die der Freiheit am ergebensten gemessen seien und allezeit einen Haß gegen die Unterdrückung gehabt hätten. Hätte sich Deutschland nicht lagen müssen, daß die Bildung einer internationalen Liga eine klattante Beurteilung der kaiserlichen Politik sei?

Aus Brüssel wird gemeldet: Der „Unbekannte Soldat“ wurde in Anwesenheit der königlichen Familie, der Minister, des diplomatischen Korps und zahlreicher Würdenträger in dem von zwei Löwen flankierten Ehrenbegränis am Unabhängigkeitsdenkmal beigesetzt. Der Beginn der Feier wurde durch einen Kanonenschuß bekanntgegeben, worauf eine Minute lang jeder Verkehr ruhte.

Nach einer Meldung aus London fand am vierten Jahrestage des Abchlusses des Waffenstillstandes am Sonnabend vormittag in Anwesenheit einer gewaltigen Menschenmenge am Grabmal des Unbekannten Soldaten in Whitehall eine Feier statt, der der König in Begleitung seiner beiden Söhne, des Prinzen von Wales und des Herzogs von York, beiwohnte. Mit dem Glockenschlage 11 trat für zwei Minuten vollkommene Stille ein, der ganze Verkehr stockte. Zur gleichen Stunde wiederholte sich diese Rundgebung der Achtung vor den Toten im ganzen britischen Reich.

Die Reparationskommission

Ist Sonnabend nachmittag mit dem Warschauer Schnellzug in Paris eingetroffen. Die belgischen Delegierten Delacroix und Beilmans hatten bereits in Lüttich den Zug verlassen. Sie begaben sich nach Brüssel, um sich mit der Regierung zu besprechen. Nach dem „Tamps“ findet die erste Sitzung am heutigen Montag nachmittag statt. Es werde über den deutschen Vorschlag und das Ergebnis der Prüfung der deutschen Finanzlage in Berlin beraten werden. Ministerpräsident Poincaré empfing gestern vormittag Barthou, den Vorsitzenden der Reparationskommission und darauf den deutschen Botschafter Dr. Wager.

Die Orientkrise.

Wie Havas berichtet, ist auf Verlangen der britischen Regierung die Eröffnung der Friedenskonferenz von Lausanne auf den 20. November verschoben worden. Infolgedessen ist die französische Abordnung Sonntag abend nach Lausanne abgereist. Die Zusammenkunft der Außenminister dürfte Ende dieser Woche in Paris stattfinden, um die Haltung festzulegen, die man auf der Konferenz einzunehmen gedenkt. Wie Havas weiter mitteilt, ist der Vertreter der Regierung von Ankara in Paris gestern mittag offiziell durch den Quai d'Orsay von der Vertagung der Konferenz von Lausanne bis zum 20. November in

Kenntnis gesetzt und ersucht worden, den auf der Reise nach Lausanne befindlichen Vertreter der Regierung von Ankara Ismet Paşa davon zu unterrichten. Ismet Paşa werde die Tage bis zum Beginn der Konferenz nicht in Lausanne verbringen, sondern nach Paris weiterreisen.

Die „Times“ melden aus Konstantinopel, der Sultan befinde sich noch in Konstantinopel und werde durch britische Militär bewacht. Ein gutunterrichteter Europäer, der aus Ankara in Konstantinopel eingetroffen ist, erklärte, die Nationalversammlung werde durch die Exzessive beherrscht, die energisch gegen den Waffenstillstand von Madania Einspruch erhoben, weil dadurch der legitime Vorwarsch der türkischen Deere aufgehoben worden wäre. Die gemäßigten Elemente in der Nationalversammlung, darunter Ismet Paşa und Fetih Bey, befänden keinen Einfluß. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel ist Ahsat Paşa zum vorläufigen Vertreter der Regierung von Ankara ernannt worden.

Wie eine Havasmeldung aus Konstantinopel besagt, sind am 9. November acht wegen Hochverrat angeklagte Personen hingerichtet worden. — Nach einer Meldung der Agence Adnès aus Adrianopel hat eine französische Abteilung, die nach Kirkisse entsandt worden war, um über das Schicksal von 30 verschwundenen griechischen Soldaten Erkundigungen einzuziehen, 23 dieser Griechen als Leiden aufgefunden.

Die Alliierten haben auf die letzte Note der russischen Sowjetregierung betr. ihre Teilnahme an der Lausanner Konferenz eine Antwort abgelehnt. Die alliierten Regierungen betonen, daß ihre Länder sich noch nicht im endgültigen Friedenszustand mit der Türkei befinden und daß die Konferenz nur der Herstellung dieses Friedenszustandes dienen solle. Die Sowjetdelegation werde Gelegenheit haben, bei der Erörterung der Frage der Meeresengen an den Verhandlungen und Beschlüssen teilzunehmen und dabei ihre Auffassung über die verschiedenen Seiten dieser Frage auszusprechen. Es trete der Sowjetdelegation frei, Vertreter der Ukraine und Georgiens nach dem Vorbilde von Genoa in ihre Delegation aufzunehmen.

Der diplomatische Mitarbeiter von Havas glaubt zu wissen, daß britische Auswärtige Amt habe in Paris den lebhaften Wunsch Lord Curzons ausgedrückt, mit dem Ministerpräsidenten Poincaré zusammenzutreffen, nicht nur, um die Haltung der beiden Regierungen auf der Friedenskonferenz mit der Türkei zu bestimmen, sondern auch die Ansichten über Fragen der auswärtigen Politik, die augenblicklich noch in der Schwebe sind, auszutauschen, nämlich über die Reparationsfrage, die Fragen betreffend Langer und Tunis und die ägyptische Frage. Ein Vertreter Italiens könne an diesen Verhandlungen bei den Fragen teilnehmen, die Italiens Interesse angehen. — Havas glaubt, daß der Meinungsaustrausch vielleicht kommenden Sonntag in Lausanne stattfinden werde, wosin sich Poincaré begeden werde, wenn dieses Verfahren in London und Rom für praktisch gehalten werde.

Die Not der kleinasiatischen Flüchtlinge.

Der Oberkommissar des Völkerbundes Frithjof Nansen richtete vor seiner Abreise aus Athen im Namen der Flüchtlinge aus Kleinasien und Ostthrazien, die innerhalb der letzten beiden Monate in Griechenland Zuflucht gesucht haben, einen Aufruf an die Völker und Regierungen Europas.

In diesem Aufruf heißt es: Die Zahl der Flüchtlinge beläuft sich nach genauer Schätzung auf etwa 900 000, die zumelst dem griechischen Volkstamm angehören und teilweise arcedische Staatsangehörige sind. Dazu kommen

noch 50 000 Armenier, denen die griechische Regierung trotz ihrer eigenen schweren Lasten Aufnahme gewährt hat. Es heißt, daß die noch in Kleinasien zurückgebliebenen Armenier und Griechen gegenwärtig zur Flucht drängen, um in Europa Hilfe zu finden. Einige tausend Armenier sind bereits in Konstantinopel und 18 000 armenische Familien treffen zur Zeit in Griechenland ein. Alle diese Flüchtlinge sollen nur die ersten Teile des Hauptstroms von etwa 850 000 Personen sein, für die Europa im kommenden Winter zu sorgen hätte. Das Problem, laßt der Aufruf zum Schluß, berührt nicht die Hunderttausende von Flüchtlingen oder die Zukunft des griechischen Volkes allein, es bedroht vielmehr die Stabilität der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zustände im Nahen Osten überhaupt. Darum ist dieses Problem für alle Nationen der zivilisierten Welt von größter Bedeutung und darum bedarf das griechische Volk in dieser Stunde der Not der moralischen und finanziellen Unterstützung der ganzen Welt.

Streikbewegung im Düsseldorf-Gebiet.

Aus Düsseldorf wird vom Sonnabend gemeldet: In verschiedenen Fabrikbetrieben in Rath, Oberbilk und Oberkassel ist, wie die Düsseldorf-Nachrichten melden, heute vormittag Streik ausgebrochen. Die Bewegung setzte Freitag abend im Mannesmann-Walzwerk in Rath ein, wo die Arbeiterschaft mit der Zurückzahlung eines Vorzuschusses nicht einverstanden war. Die Bewegung breitete sich heute vormittag weiter aus. Ausständige zogen zu verschiedenen anderen Werken, um die Belegschaft aus den Betrieben herauszuholen. In Rath liegen infolgedessen die Werke der Metallindustrie fast sämtlich still. Auch in anderen Rath-Betrieben ruht die Arbeit zum großen Teil. Gruppen von Ausständigen zogen nach Oberbilk und Oberkassel, wo daraufhin ebenfalls in einigen Werken der Eisenindustrie Arbeitseinstellungen in größerem Umfang erfolgten. Einzelne Werke haben die gesamte Belegschaft freilich entlassen. Nach einer späteren Meldung ist es in den Mannesmann-Walzwerken in Rath zu Ausschreitungen gekommen, wo Streikende in das Kesselhaus des Betriebes eindringen, um die Arbeitsmaschinen zur Einstellung ihrer Tätigkeit zu veranlassen. Es kam zu Tätlichkeiten, wobei mehrere Personen Verletzungen erlitten. Die Polizei nahm verschiedene Verhaftungen vor.

Eine Koalitionsregierung in Weimar?

Wie die „Eisenacher Tagespost“ meldet, beabsichtigt die Vereinigte Sozialdemokratische Partei des Thüringischen Landtages mit den Demokraten und einer weiteren bürgerlichen Partei, wahrscheinlich dem Landbunde, Fühlung zu nehmen, um im Landtage eine Mehrheit für die Besetzung des durch den Rücktritt des Freiherrn von Brandenstein erledigten Postens eines Justizministers durch ein Mitglied der nichtsozialistischen Parteien zu gewinnen.

Die Gefährdung der Wohlfahrtspflege.

Die in keinem Verhältnis zu den Einnahmequellen stehende Geldwertverteilung hat die großartige Organisation der privaten Wohlfahrtsvereine in ihren Grundlagen erschüttert. Eine Eingabe der bekannten Wohlfahrtsverbände an den Reichstag hat bereits die Aufmerksamkeit der maßgeblichen Kreise auf die in ihren etwaigen Folgen geradezu niebeschränkbare Tatsache gelenkt, daß bereits 386 Wohlfahrtsanstalten, deren Gesamtdefizit im Jahre 1922 rund 50 Millionen betrug, heute schon einen Fehlbetrag von annähernd einer Milliarde aufweisen. Die Gefahr einer Schließung droht den meisten der im Reichsverband der gemeinnützigen Kranken- und Heilanstalten zusammengefaßten Krankenhäuser, Diakonissenhäuser, Säuglingsheime. Die notwendigen Bedarfsartikel können nicht mehr angeschafft werden, Nahrungsmittel, Strohmaterialien, Medikamente. Die alten Bestände an Wäsche, Materialien und sonstigen Gebrauchsgüter verfallen, da keine Möglichkeit einer Ergänzung vorliegt. Reparaturen können an den Gebäuden nicht mehr ausgeführt werden, die vorbildliche hygienische Sphäre der deutschen Anstalten kann nicht mehr gewahrt werden. Wenn man bedenkt, daß in einem mittleren Krankenhaus von etwa 200 Betten jährlich etwa 1200 Liter Alkohol und 250 Liter Aether gebraucht wird und daß der Preis für Alkohol von 3 Mark auf 2000 Mark für den Liter, für Aether von 42 Mark auf 2500 Mark für das Liter gestiegen ist, wundert man sich nicht über den Zusammenbruch auch auf einem Gebiete, wo jede Unterlassung bitterste Folgen hat. So ist es denn heute schon dahin gekommen, daß Säuglingsheime ihre wertvollen Apparate aus Ausland verkaufen müssen. Alters- und Stenchenheime sind noch nicht ein einziges mal in der Lage gewesen, zu heilen. Diese Darstellungen haben im Haushaltsausschuß des Reichstages erkennbarerweise weitgehendes Verständnis gefunden. Alle Parteien haben sich geeinigt in dem Entschlusse, der privaten Fürsorge den vorläufig in Frage kommenden Betrag von einer Milliarde von Reichswegen zur Verfügung zu stellen. Die Unterstützung von öffentlichen Anstalten ist von der Voraussetzung abhängig gemacht, daß Land oder Gemeinde die gleichen Beträge gewähren.

Ein interessanter Mietsstreit.

Zwischen der rumänischen Gesandtschaft in Berlin und dem Eigentümer des Danies-Mattai-Straße 27, in dem die Kanzleiräume der Gesandtschaft untergebracht sind, Regierungsrat Dr. Schön von Wildenegg, ist, wie die Berliner Blätter melden, ein Mietsstreit ausgebrochen. Nach Ansicht des Eigentümers wird das Haus durch den täglichen Besuch von unzähligen Leuten, die die Kanzleiräume der Gesandtschaft in Vorkammlingen aufsuchen, stark entwertet. Außerdem liege die Gesandtschaft sowohl mit der Zahlung der Miete als auch mit dem Kostenbeitrag für die Zentralheizung im Rückstande. Da das Einigungsamt ein Eingreifen wegen der Exterritorialität der Gesandtschaft ablehnte, stellte der Eigentümer der Gesandtschaft die Kündigung an, wobei er auf § 554 des BGB. die Räumung innerhalb 24 Stunden verlangte. Da die Kanzlei keine Anstalten zur Räumung traf, ließ der Hauswirt am Sonnabend abend den Zugang zu der Kanzlei zumauern, sodas weder das Gesandtschaftspersonal noch Besucher in die Kanzlei hineinkommen. Der Hauseigentümer hat sich an den König von Rumänien mit einem Schreiben gewandt, in dem er unter Darlegung der Sachlage um die Intervention des Königs bittet.

Aus der Vorstandssitzung des Sächs. Gemeindetages.

Den Vorstand beschäftigte zunächst wiederum eine Reihe wichtiger Steuerfragen, vor allem die Frage der Heberleiung der Umsatz- und Grunderwerbsteuerverwaltung auf die Reichsfinanzbehörden und die Einbeziehung der den Gemeinden zugehenden Umsatzsteueranteile von 5 Prozent von den auf die Umsatzsteuer geleisteten Vorauszahlungen. Da die Angelegenheit in unmittelbarem Zusammenhang mit der Neufassung des Landessteuergesetzes steht, mit der der Reichsrat gegenwärtig beschäftigt ist, soll die letzte Entscheidung namentlich den gleichnamigen Körperschaften des Reiches überlassen werden. Um aber zu verhindern, die Wünsche der Gemeinden doch noch durchzusetzen, ist inzwischen den sächsischen Reichstagsabgeordneten das Material übermittelt worden mit dem Ersuchen, sich im Reichstag für eine Befreiung der gemeindlichen Wünsche einzusetzen.

Der Entwurf der dem Reichsrat gegenwärtig zur Beratung vorliegenden Novelle zum Landessteuergesetz steht in § 42 vor, daß die Gemeinden 30 Prozent der veranlagten Umsatzsteuererträge erhalten sollen, und zwar von der auf 2½ Prozent erhöhten Umsatzsteuer. So berücksichtigen diese Regelung an sich ist, so wenig können sich die Gemeinden damit einverstanden erklären, daß diese höhere Beteiligung erst mit Wirkung vom 1. Januar 1928 ab erfolgen soll, wie es unter Punkt 21 der Begründung vorgesehen ist. Es soll vielmehr die höhere Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer bereits mit Wirkung für das laufende Rechnungsjahr gefordert werden. — Mit dem Finanzministerium sind vorläufige Verhandlungen wegen der Entschädigung der Gemeinden für die Verwaltung der sächsischen Grundsteuer und Wohnungsbauabgabe geführt worden. Das Finanzministerium hat die Gewährung einer Entschädigungsbetrag von vorläufig 10 Prozent des auf den Etat entfallenden Anteils vom Ertrage der Grundsteuer unter der Voraussetzung ausgedrückt, daß die den Gemeinden vom Finanzministerium gelieferten Formulare mit 5 Prozent auf diese Entschädigungsbetrag angerechnet werden. Für die Verwaltung der Wohnungsbauabgabe ist die gleiche vorläufige Regelung vorgesehen worden. Für die erstmalige Anlegung der Schätzungsarten will das Finanzministerium den in Frage kommenden Gemeinden eine besondere Entschädigung in noch festzusetzender Höhe zubilligen. Der Vorstand hat sich mit dieser vorläufigen Regelung einverstanden erklärt. — Der Sächsische Gemeindetag hatte weiter beim Reichsfinanzministerium eine Erhöhung der Aufwandsabgaben der Gemeinden für persönliche und sachliche Aufwendungen bei der Mitwirkung der Veranlagung von Reichssteuern beantragt. Da das Finanzministerium eine völlig unzureichende Erhöhung bei teilweise gänzlicher Ablehnung einzelner Anträge ins Auge gefaßt hat, sollen die Anträge des Sächsischen Gemeindetages wiederholt werden. — Der Vorstand des Sächsischen Gemeindetages empfiehlt den sächsischen Gemeinden weiter, in Zukunft von der Eingliederung von Steuer- und Neben im Wege des Erbschens an die neue Aufwandsabgabengemeinde eines Schuldners dann abzusehen, wenn die einzuhebenden Beträge 100 — gegen bisher 20 Mark — nicht übersteigen. — Das Kultusministerium plant, für die im öffentlichen höheren Lehranstalten planmäßig angelegten Lehrkräfte, soweit sie von Gemeinden und Gemeindeverbänden unterhalten werden, eine allgemeine Landeslehrkräfte einzuführen, auf Grund deren die Beförderungen vorzunehmen wären. Der Sächsische Gemeindetag hat bereits früher darauf hingewiesen, daß eine solche Maßnahme für Gemeinden mit einer in der Hauptsache in vorgerücktem Lebens- und Dienstalter stehenden Lehrerschaft im Gegensatz zu Gemeinden mit überwiegend jüngerer Lehrerschaft eine erhebliche Mehrbelastung bedeuten würde. Beim Kultusministerium ist daraufhin die Bildung eines Gemeindevorstandes der beteiligten Gemeinden angeregt worden, der über die Beförderungen zu beschließen, den Gemeinden die Beförderungen abzunehmen und die Kosten nach einem besonderen Wahlverfahren umzulegen hätte. Der Sächsische Gemeindetag lehnt die Bildung eines solchen Gemeindevorstandes jedoch ab und fordert die Befreiung der Ungleichheiten der finanziellen Belastung der einzelnen Gemeinden durch eine völlige Neuregelung der Staatsunterstützungen für die gemeindlichen höheren Lehranstalten. Zur Frage der Neuregelung der Schulferien, deren Dauer von den Regierungen der Länder auf Grund der Beratungen des Reichsschulenausschusses im ganzen Reich auf 85 Tage einschließlich der darin enthaltenen Sonn- und Feiertage festgesetzt worden ist, spricht der Vorstand den Wunsch aus, daß die Schulferien in einem Dreieinheitsgange gehalten werden müßten. Den Vorstand beschäftigte weiter die Frage der Aufhebung der Beschränkung an die sächsischen Gemeindearbeiter. Das Reichsfinanzministerium hat der sächsischen Regierung mitgeteilt, daß es sich nachdrücklich gegen eine solche Aufhebung der Beschränkung aussprechen müsse und hat angebracht, gegebenenfalls eine Forderung der an die Gemeinden zu ihren Befoldungslöhnen vom Reich zu leistenden Zuschüsse vorzunehmen. Gegen diese Ansicht des Reichsfinanzministeriums wird Einspruch erhoben, ebenso gegen die vom Reich in der Novelle zum Landessteuergesetz vorgesehene frühere Verlängerung des Besoldungsstufenjahres.

Den Vorstand beschäftigte ferner die Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandkohle. Der Vorstand des Landeskohlenamtes, Regierungsrat Krämer, wies darauf hin, daß die Versorgung der Bevölkerung gegenüber dem Vorjahre im allgemeinen um rund 10 v. H. des Bedarfes schlechter geworden ist. Das Landeskohlenamt wie auch die sächsischen Verteilungsstellen haben versucht, dem Hausbrande möglichst ausreichende Mengen auszuführen. Auch das Kohlenamt, die Industrie auf ausländische Brennstoffe zu verweisen, ist trotz des Einspruches des Verbandes sächsischer Industrieller befolgt worden. Eine besonders nachteilige Wirkung auf die Kohlenversorgung hat die Abtretung eines großen Teiles von Oberschlesien gehabt. Auch im Ruhrgebiete, das unter dem schwersten Druck der Entente steht, sind die Verhältnisse schwierig. Von besonderem Interesse waren naturgemäß die Mittelungen über die Verhältnisse im sächsischen Steinkohlenbergbau, in dem leider ebenfalls ein besonders harter Förderungsrückgang zu verzeichnen gewesen ist. Während nämlich die Förderung im April bis September 1921 2 276 980 Tonnen betrug, ist sie in der Zeit vom April bis September 1922 auf 2 002 295 Tonnen, also um 274 685 Tonnen oder 13 Prozent der Gesamtförderung gesunken. Davon sind 51 149 Tonnen dem Hausbrand verloren gegangen. Gegenüber dem Förderungsbeitrag des Jahres 1918 beträgt der Ausfall für den Hausbrand sogar 824 393 Tonnen. Es ist nach Lage der Verhältnisse leider nicht möglich, die Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandkohle und die Versorgung der Industrie in Höhe der gestellten Anforderungen voll durchzuführen.

Jetzt ist noch Zeit

auf halben November das Niefer Tagesblatt zu bestellen. Meldungen werden täglich von Zeitungsträgern und zur Vermittlung an diese auch von der Tagesblatt-Geschäftsstelle, Goethestraße 59, angenommen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Hauskuchungen bei sozialistischen Blättern in Bayern. Zur Hauskuchung bei der „Münchener Post“ teilt das Blatt mit, daß nach den Erklärungen der Volkseigenen gegen den verantwortlichen Redakteur Jersak ein Verbot wegen Landesverrats eingeleitet sei auf Grund einer vor einigen Tagen in der Münchener Post erschienenen Notiz über ein Waffenlager beim Grafen Wappenheim. Die Hauskuchung habe sich nicht nur auf die Geschäftsräume der Redaktion und der Verlagsgesellschaft Jersak & Co., sondern auch auf das Büro des Abg. Kuer erstreckt. Es seien dabei Drucksaften beschlagnahmt worden, die für Behörden hergestellt und diesen längst zugestellt gewesen seien. Außerdem seien Aktenstücke beschlagnahmt worden, die mit der Tätigkeit Kuer als Abgeordneter zusammenhängen. Dem Justizminister seien Bescheren der „Münchener Post“, der Firma Jersak und des Abgeordneten Kuer angeleitet worden. — Wie die „Frankfurter Zeitung“ mitteilt, fand am Freitag

auch bei ihr im Auftrage des Ersten Münchener Staatsanwalts eine Hauskuchung statt. Gestiftet wurde nach dem Manuskript eines Artikels, der vor wenigen Tagen in der „Tagespost“ veröffentlicht wurde. Es soll sich, wie das Blatt hört, um ein Verbot wegen Landesverrats handeln. Die Verhandlungen in London über die Danziger Werte und die Eisenbahnwertpapiere, die sich unter der Einwirkung des gewaltigen Sturzes der deutschen Mark ganz außerordentlich schwierig gestaltet haben, sind am Donnerstag mittags zu Ende geführt worden. Es ist ein Vertrag über die Gründung einer Aktiengesellschaft zur Fortführung der Betriebe unterzeichnet worden. Die Gesellschaft selber soll durch einen Akt der Danziger Gesellschaft konstituiert werden. Die Firma der Gesellschaft wird lauten: International Shipbuilding and Engineering Company, Danzig (Danziger Werte- und Eisenbahnwertpapiere, Aktiengesellschaft, Danzig).

Der Kampf gegen die Kriegsschuldfrage. Die Hamburger Bürgerschaft nahm nach lebhafter Aussprache über die Schuld am Weltkrieg einen demokratischen und sozialdemokratischen Antrag an, in dem der Senat ersucht wird, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Rüge von der Unschuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges stärker als bisher bekämpft werde. Diese Rüge bilde, wie sich immer mehr herausstelle, die moralische Rechtfertigung des Verfalls der Verträge. Ihre Widerlegung vor der ganzen Welt sei daher Vorbedingung für die Befreiung Deutschlands aus der heutigen Lage und für die Herbeiführung eines wahrhaften Friedenszustandes zwischen den Völkern.

Polen.

Die Wahlerfolge des Minderheitenblocks. Die rechtsstehende Presse behauptet, zu den Wahlerfolgen des Minderheitenblocks in den Ostgebieten habe unzulässige Wahlbeeinflussung beigetragen. „Gazeta Poranna“ fordert deshalb die Unanständigkeitserklärung dieser Wahlen. Die Blätter des Minderheitenblocks bestritten die Behauptungen der rechtsstehenden Presse und führen ihrerseits zahlreiche Beispiele von Übergriffen gegen den Minderheitenblock an.

Jugoslawien.

Der bulgarische Ministerpräsident Stamboliski ist am Freitag in Belgrad eingetroffen. Im Laufe des Vormittags wurde er vom Ministerpräsidenten Pašitsch und vom Außenminister Rinkitsch empfangen. Obwohl das Verstreben Stamboliskis, eine Besserung in den Beziehungen Bulgariens mit Jugoslawien, einen günstigen Eindruck in Belgrad hervorruft, ist dennoch eine gewisse Zurückhaltung in politischen Kreisen unverkennbar. Es wird betont, daß es Stamboliski noch nicht gelungen sei, volles Vertrauen zu erwecken, da das Verhalten der bulgarischen Regierung noch nicht im Einklang mit den absehbaren Bestrebungen Stamboliskis über die Unrichtigkeit der bulgarischen Politik stehe.

Frankreich.

Neue Anträge gegen Caillaux. Der royalistische Abgeordnete Leon Daudet hat eine Interpellation angemeldet über die Beauftragung, die Caillaux und seinen Agenten in einem Teil der öffentlichen Werke und der Verwaltung zuteil werde und die dazu ansetzen sei, die deutschen und holländischen Maschinenfabriken in Frankreich zu unterstützen. „Echo National“ behauptet, daß Caillaux den Vorfall des am 16. ds. Wits, beizugehen Konzeß der radikalen und sozialistisch-radikalen Partei zu übernehmen beabsichtige. Hieran bezieht sich wohl Daudets Interpellation. Viviani will Wilhelm II. antworten. Wie der „Temps“ mitteilt, wird Viviani auf Einladung der elbschlesischen Presse Ende des Monats in Stralsund einen Vortrag halten, in dem er auf die Memoiren des früheren deutschen Kaisers antworten wird.

Amerika.

Veränderungen in der Organisation der republikanischen Partei. Wie „New York Herald“ aus Washington berichtet, sind in politischen Kreisen Gerüchte über eine Erschütterung der republikanischen Partei im Umlauf, die den Zusammenbruch ihrer bisherigen Organisation befürchten lassen. Eine Reihe angesehener Führer werde aufgefördert werden, zurückzutreten und ihre Stellung jüngerer Parteimitgliedern einzuräumen. Dabei würden die republikanischen Parteigrundzüge eine weitergehende Auslegung erfahren und das fortgeschrittliche Element innerhalb der Partei, insbesondere im Senat, werde ausschlaggebend werden. Unter anderem kündigt das Blatt den Rücktritt des Vorsitzenden der Partei, Wams, und des Führers der republikanischen Mehrheit im Senat, Lodge, an. Mit dem Rücktritt Lodges werde auch die Bildung eines neuen geschäftsführenden Ausschusses und eine völlige Reorganisation in der Führung der republikanischen Partei im Repräsentantenhaus nötig werden. Sobald das neue Repräsentantenhaus zusammengetreten, werde die republikanische Mehrheit neue Vorsitzende für den Finanz- und den Justizauschuß bestimmen, um die nicht wiedergewählten Mitglieder Fordney, Wolfend und Campbell zu ersetzen. Die radikale Gruppe innerhalb der republikanischen Partei, zu der u. a. die Senatoren Borah, La Follette, Johnson und Norris gehören, wird nach dem Blatte voraussichtlich jeder Befehlgebenden Widerstand leisten, die zu einer Erschütterung in der Lage der ausländischen Schuldner Amerikas führen könnte und jede Initiative auf geldgeberischem Gebiet bekämpfen, aus der den Vereinigten Staaten außenpolitische Verwicklungen erwachsen könnten. Die Gruppe werde ferner gegen jede Änderung des Zolltarifs sein, falls nicht die Wechselkurs durch eine Besserung der fremden Währungen von selbst einen Schutzmaß gegen fremde landwirtschaftliche Erzeugnisse schüden. Die radikale Gruppe vertrete die größten landwirtschaftlichen Gebiete und stelle das Interesse der Farmer über dasjenige des Landes.

Marktflechte.

Großhainer Marktbreise vom Sonnabend. Die Preise stellten sich für das Pfund wie folgt: Rindfleisch 8 bis 15 M., Birnen 10—15 M., Fische: Rotbarsch 130 M., Schellfisch o. R. 160 u. 180 M., Kartoffeln 6 M., Kohl: Grünkohl 10 M., Blumenkohl, hiesiger, Kopf 8—40 M., Kohlrabi 4—5 M., Kraut: Kohlrabi, hiesiges, 15 M., Weißkraut, hiesiges, 10—12 M., Weißkraut 12 M., Meerrettich 50 M., Möhren 8 M., Wile, gemischt, 25 M., Sellerie 15 bis 18 M., Spinat 15 M., Kohlraben 3—4 M., Rotrüben 14 M., Zwiebeln 20—25 M., die Weiße 80 M. Otsch. Butter 800—840 M., das Pfund. Weizen. Butter ab Hof 380 M., auf dem Wochenmarkt 500—530 M. Amtliche Preisfeststellung an der Produzentenbörse zu Berlin, 11. November. Weizen, märkischer 14 200—13 800, unregelmäßig; Roggen, märkischer 12 800—12 500, unregelmäßig; Sommergerste 13 200—13 500, Wintergerste 12 200 bis 12 400, fekt; Hafer, märkischer 14 100—14 300, fekt; Mais loco Berlin 14 000—14 500, wagoonfrei Hamburg 13 900—14 200, fekt; Weizenmehl pro 100 kg brutto einschl. Sach frei Berlin 37 500—40 000, feinste Marken über Rotis bezahlt, fekt; Roggenmehl für 100 kg brutto einschl. Sach frei Berlin 33 000—35 500, etwas abgemischt; Weizenmehl 7200—7300, Roggenmehl 7200—7300, fekt; Haaps 18 000—19 000, fekt; Erbsen, Victoria 22 000—23 000; kleine Speiseerbsen 20 000—21 000; Weizenklein 14 000 bis 15 000; Weizen 19 000—20 000; Lupinen, blaue 14 000 bis 15 000, gelbe 15 500—16 500; Serradella 25 000—30 000; Rapstüchen 8800—8500; Zrodenkohl 6300—6500; vollwertige Futterrüben 8000—8500; Torfmelasse 30/76 4800—4500.